



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Anita Klahn (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung - Finanzministerin

Bürgerversicherung für die Beamten des Landes Schleswig-Holstein

Vorbemerkung der Fragestellerin: In den Parteien auf Bundesebene gibt es Überlegungen künftig alle Personen, einschließlich der Beamten und Selbstständigen in eine einheitliche Krankenversicherung (Bürgerversicherung) zu überführen. Derzeit nutzen fast alle Beamten und Versorgungsempfänger die Möglichkeit der Beihilfe.

1. Wie hoch sind die Ausgaben des Landes für die Beihilfe bei den aktiven Beamten, den Versorgungsempfänger sowie deren Angehörigen?

Antwort : Die Beihilfeausgaben des Landes betragen in 2012 insgesamt 234,5 Mio €.

2. Wie hoch wären die Ausgaben des Landes, wenn statt der Beihilfe künftig das Land für jeden Beamten, jeden Versorgungsempfänger sowie für deren Hinterbliebene Krankenversicherungsbeiträge in Höhe des Arbeitgeberanteils von 7,3 Prozent begleichen müsste?

Antwort : Die Ausgaben für einen Arbeitgeberanteil für eine Krankenversicherung in Höhe von 7,3 % würden etwa 160,9 Mio € betragen.

3. Plant die Landesregierung bei derzeitigen oder künftigen Beamtinnen und Beamten eine Überführung bzw. eine Einteilung in die gesetzliche Krankenversicherung? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?

Antwort : Die Landesregierung plant derzeit nicht, Beamtinnen und Beamte in die gesetzliche Krankenversicherung zu integrieren.